

MONTAG, 8. DEZEMBER 2014, AKTIONSTAG GEGEN DIE SAMMELABSCHIEBUNG

WEITERE ASYLRECHTS- VERSCHÄRFUNGEN DROHEN

Die Bundesregierung plant aktuell ein Gesetz „zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“. Dieses Gesetz stellt die umfassendste Verschärfung des Asylrechts seit 1993 dar. Fast jeder, der auf dem Landweg eingereist ist, kann in Abschiebungshaft genommen werden. Weitere Konsequenzen der Asylrechtsverschärfung: Kürzungen von Sozialleistungen, Arbeitsverbote und die Unmöglichkeit einen Aufenthaltstitel zu bekommen: *Die Bleiberechtsregelung wird ausgehebelt.*

Ein weiteres Instrument soll die *Ausweitung von Einreisesperren* für den Schengen-Raum sein. In Kombination mit der „Einreisesperre“ bedeutet der neue „Asylkompromiss“: Asylsuchende aus den Westbalkanstaaten können diese Länder faktisch nicht mehr verlassen, ohne dafür bestraft zu werden.

**WIR SIND FEST ENTSCLOSSEN, ABSCHIEBUNGEN
ZU VERHINDERN, AUCH MIT MITTELN DES ZIVILEN
UNGEHORSAMS!**

**WIR FORDERN EINEN UMFASSENDEN WINTER-
ABSCHIEBESTOPP JETZT!!**

KEINE WEITERE VERSCHÄRFUNG DES ASYLRECHTS!

**ANERKENNUNG SOZIALER UND RECHTLICHER
DISKRIMINIERUNG ALS FLUCHTGRUND!**

WER BLEIBEN WILL, SOLL BLEIBEN!

Weitere Infos unter
www.freiburger-forum.net oder
www.migrationsgesetze.info

FF FREIBURGER FORUM
aktiv gegen Ausgrenzung

StuRa
uni freiburg
Anti-
diskriminierung
Deine Studierendenvertretung

DEMONSTRATION

**SAMSTAG, 6. DEZEMBER 2014 | 14 h |
JOHANNESKIRCHE FREIBURG**



ABSCHIEBUNGEN STOPPEN!

**GEGEN ABSCHIEBUNGEN UND DIE GEPLANTEN
ASYLRECHTSVERSCHÄRFUNGEN!**

**MONTAG, 8. DEZEMBER 2014, AKTIONSTAG
GEGEN DIE SAMMELABSCHIEBUNG**

WEITERE ASYLRECHTS- VERSCHÄRFUNGEN VERHINDERN!

Es herrscht Angst in Flüchtlingswohnheimen. Nach der Zustimmung Baden-Württembergs zur Einstufung von Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien als „sichere Herkunftsstaaten“ droht vielen Flüchtlingen die Abschiebung in „akut gesundheitsbedrohende und lebensgefährliche Lebensbedingungen“ (PRO ASYL). Etwa 500 Freiburger Roma sind nur geduldet, ihnen droht die Abschiebung aus der „offenen Stadt“ Freiburg in Armut, Diskriminierung und Kälte.

In den letzten Wochen fanden mehrere Abschiebungen statt. Am 18. November wurden 54 Personen vom Baden-Airpark nach Serbien und Mazedonien abgeschoben. Wenige Tage später kam es auch in Freiburg zu einer Abschiebung. Ein 24-jähriger Roma wurde nachts unangekündigt von der Polizei aus dem Bett geholt und völlig mittellos nach Belgrad abgeschoben. Die nächste Sammelabschiebung ist für den 9. Dezember geplant. Auch hierbei schließt das Regierungspräsidium unangekündigte Abschiebungen explizit nicht aus. Diese Schweigetaktik erzeugt

Unsicherheit und Angst. Viele Geflüchtete leben auf gepackten Koffern, können nicht schlafen; die Kinder sind völlig aufgelöst.

NICHT SICHER – NUR SICHER KALT

Mit Zustimmung Baden-Württembergs zur Herkunftsstaatenregelung hat sich die Landesregierung endgültig von dem im Koalitionsvertrag vereinbarten Vorrang der Humanität verabschiedet. Damit wurde der Kern des Asylrechts angetastet: Die sorgfältige Prüfung des Einzelfalls.

Nachdem die Westbalkanstaaten offiziell als „sicher“ deklariert wurden, fordern Politikerinnen und Politiker – von Innenminister De Mazière bis hin zu Stuttgarts grünem Oberbürgermeister Fritz Kuhn – die schnellere Abschiebung von Menschen aus den „sicheren Herkunftsstaaten“.

Laut amnesty international liegt die Lebenserwartung für Romafrauen in den etwa 600 informellen Siedlungen in Serbien bei etwa 48 Jahren. Die Kindersterb-

lichkeit liegt laut UNHCR viermal höher als im gesellschaftlichen Durchschnitt. Das Verwaltungsgericht Stuttgart hat dieses Jahr festgestellt, dass es in Serbien „kaum Möglichkeiten der Selbsthilfe“ gibt, „weil für diesen Personenkreis (...) kaum ein Zugang zur Arbeitswelt und zu Bildungsmöglichkeiten besteht.“ Hinzu kommen rassistische Übergriffe.

Abschiebungen im Winter gefährden Gesundheit und Leben der betroffenen Menschen noch zusätzlich. Trotzdem weigert sich der Innenminister Reinhold Gall noch immer, einen Winterabschiebestopp zu erlassen.

Im Flüchtlingsrecht muss es auch um den Schutz wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte gehen, nicht „nur“ um politische Verfolgung. Die Unteilbarkeit der Menschenrechte bedeutet, dass bürgerlich-politische und wirtschaftlich-soziale Menschenrechte gleichermaßen wesentlich für ein Leben in Würde sind.